



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 6 - V - 0 1 - 0 0 1 6
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) I

Durchführung einer Bürgerbeteiligung zur zukünftigen Nutzung des Grundstückes
"Wilhelmstraße 1"

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	X wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

Sven Gerich

Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 752.941,59 €
 in %: 1,4%

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2016/ 17	BBT Wilhelmstr.	50.000	50.000		301001	686100	91 Bürgerbeteiligung
	X	2016	Deckung			50.000			Allg. Fiwi
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Über die zukünftige Bebauung des Grundstücks "Wilhelmstraße 1" soll gem. dem Beschluss Nr. 0109 der StVV ein Bürgerbeteiligungsprozess durchgeführt werden. Das Ergebnis des Bürgerbeteiligungsprozesses sollen eine oder mehrere Nutzungs- und Verwendungsmöglichkeiten des Grundstücks sein, sodass die Stadtverordnetenversammlung eine Entscheidung treffen kann.

Anlagen:

1. Beteiligungskonzept
2. Zeitplan

C Beschlussvorschlag:

1. Dem von Dezernat I/WIEB erarbeiteten Bürgerbeteiligungskonzept sowie dem Zeitplan (September 2016 bis Februar 2017) wird zugestimmt.
2. Dezernat I/WIEB wird beauftragt, in Verbindung mit den betroffenen Ämtern und Gesellschaften den Beteiligungsprozess vor- & nachzubereiten. Dazu ist eine Arbeitsgruppe unter der Beteiligung der Ämter 80, 61, 66, 36, Wiesbaden Marketing und TriWiCon zu bilden. Die Federführung obliegt Dezernat I/WIEB.
3. Es wird beschlossen, dass zur Durchführung der Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerbeteiligungsprozesses ein externes, neutrales Unternehmen beauftragt wird.
4. Aufgrund von Vorerfahrungen wird für die Durchführung des Bürgerbeteiligungsprozesses mit Kosten von ca. 50.000 Euro gerechnet. Darin enthalten sind ca. 30.000 Euro für die externe Unterstützung sowie Kosten für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Raummiete, Bewirtung etc. in Höhe von 20.000 €. Die notwendigen Mittel in Höhe von 50.000 Euro werden dem Budget des Dezernates I zugesetzt.
5. Die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses sowie eine Einschätzung der Arbeitsgruppe sind den Gremien bis April 2017 vorzulegen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

In der Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2016 wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss Nr. 0109

- 1. Das Interessenbekundungsverfahren für den Verkauf des Grundstücks Wilhelmstraße 1 wird ausgesetzt. Falls dies nicht möglich sein sollte, wird das Verfahren aufgehoben, ersatzweise der Verkauf nicht vollzogen.*
- 2. Der Magistrat wird gebeten, in einem geeigneten Verfahren der Bürgerbeteiligung gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und Interessenverbänden verschiedene Vorschläge für eine künftige sinnvolle Bebauung des Grundstücks, darunter auch die Optionen „Hotelnutzung“ zu entwickeln, auszuarbeiten, diese öffentlich vorzustellen und anschließend einen öffentlichen Diskussionsprozess zu organisieren.*
- 3. Der Magistrat wird ferner gebeten, im Anschluss an die Bürgerbeteiligung und aufbauend auf den Ergebnissen des öffentlichen Diskussionsprozesses der Stadtverordnetenversammlung eine oder mehrere Nutzungs- und Verwendungsmöglichkeiten für das Grundstück vorzuschlagen.*

Die zukünftige Nutzung des Grundstücks der „Wilhelmstraße 1“ in exponierter Lage in Wiesbaden stand in den vergangenen Jahren häufig öffentlichkeitswirksam in der Diskussion. Die ursprüngliche Planung, auf diesem Grundstück ein Stadtmuseum zu bauen, wurde auf Grund des öffentlichen Drucks zurückgezogen. Der darauf folgende Beschluss - auf Grund der direkten Nachbarschaft zu den neu entstehenden Rhein-Main-Hallen - ein Hotel zu errichten, wird nun zunächst ebenfalls ausgesetzt.

Die bisherige Diskussion um das Grundstück hat gezeigt, dass sich die Wiesbadener Bürgerschaft in den bisherigen Nutzungsüberlegungen nicht ausreichend einbezogen fühlt.

Um dem entgegenzuwirken, soll über die zukünftige Nutzung des Grundstücks „Wilhelmstraße 1“ eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Ziel ist, der Stadtverordnetenversammlung eine oder mehrere sinnvolle Nutzungs- und Verwendungsmöglichkeiten vorzuschlagen. So erhalten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, aktiv Vorschläge einzubringen. Diese sollen dann im Laufe des Beteiligungsprozesses auf ihre Relevanz für die Stadtentwicklung an dieser prominenten Stelle des Wiesbadener Stadtgebiets und ihre ökonomische Realisierbarkeit geprüft und diskutiert werden.

Es handelt sich somit um einen ergebnisoffenen Bürgerbeteiligungsprozess mit einem mehrstufigen Verfahren:

1. Sammlung von Vorschlägen
2. Vorstellung und Diskussion der Vorschläge
3. Prüfung der Realisierbarkeit sowie der Ermittlung der damit verbundenen Kosten im Dialog
4. Bewertung der verschiedenen Vorschläge durch die Bürgerinnen und Bürger
5. Auswahl und Entscheidung durch die repräsentativen Vertreter der Bürgerschaft - der Stadtverordnetenversammlung

Für die Durchführung des Verfahrens werden die Kosten auf ca. 50.000 Euro geschätzt, die dem Dezernat I zugewiesen werden müssen, um das Bürgerbeteiligungsverfahren durchführen zu können.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 14. Juni 2016

Sven Gerich
Oberbürgermeister